

TTIP stoppen!

Das geplante Freihandels- und Investitionsabkommen birgt zahlreiche Risiken für Mensch und Umwelt



GREENPEACE

Keine Übermacht den Konzernen

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika verhandeln seit Juli 2013 über ein Freihandels- und Investitionsabkommen namens Transatlantic Trade and Investment Partnership (kurz: TTIP). Sie versprechen mehr Wirtschaftswachstum, mehr Jobs und niedrige Preise – also mehr Wohlstand für alle. Ob dies so eintritt, ist aber mehr als zweifelhaft. TTIP soll vor allem Unternehmen nützen, die auf beiden Seiten des Atlantiks mit Waren und Dienstleistungen handeln.

Neben dem Wegfall aller Zölle planen die EU und USA den Abbau „nicht-tarifärer Handelshemmnisse“: Unterschiedliche gesetzliche Regelungen beider Wirtschaftsräume, darunter Normen, Standards, Kennzeichnungspflichten, Zulassungs- und Kontrollverfahren, sollen angeglichen oder wechselseitig anerkannt werden.

Geheim & undemokratisch

Über TTIP verhandelt die Europäische Kommission unter der Leitung von Handelskommissar Karel de Gucht, der zum 1. November vermutlich von Cecilia Malmström abgelöst wird, und ein Team der US-Regierung um den Handelsbeauftragten Michael Froman. Die Gespräche finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Selbst die gewählten Volksvertreter werden nicht richtig eingeweiht: Abgeordnete von EU-Parlament und US-Kongress sowie Regierungsbeamte und Parlamentarier der 28 EU-Länder

und 50 US-Bundesstaaten erhalten nur spärliche Informationen.

Erst nach Abschluss der Verhandlungen sind das EU-Parlament und der US-Kongress gefragt, das Abkommen anzunehmen oder abzulehnen – eine Veränderung von Vertragspunkten ist ausgeschlossen. Noch ungeklärt ist, ob die nationalen Parlamente der Europäischen Union mitentscheiden dürfen. Die Zivilgesellschaft aus rund 800 Millionen EU- und 500 Millionen US-Bürgern hat kein demokratisches Mitspracherecht.

Fracking, Gen-Food und neue Giftcocktails bald bei uns?

Sollte die weltgrößte Freihandelszone zustande kommen, werden viele wertvolle Regelungen unter anderem für den Verbraucher- und Umweltschutz wahrscheinlich abgeschwächt. Ein „Transatlantischer Regulierungsrat“ soll künftig neue gemeinsame Standards festlegen. Dabei ist zu befürchten, dass sich jeweils der niedrigste Standard durchsetzt.

Auf dem Spiel steht zum Beispiel das in der EU gültige Vorsorgeprinzip: Noch muss zuerst bewiesen werden, dass ein Produkt, eine Substanz oder ein Verfahren unschädlich ist, bevor eine Marktzulassung erteilt wird. Noch. Im Energiebereich würden beispielsweise Nachhaltigkeitsauflagen zur Nutzung fossiler Energieträger als Handelshemmnisse gelten. So droht in Deutschland unter anderem das Fracking: Dieses giftige



Protest gegen das Freihandelsabkommen in Hamburg

Verfahren, mit dem klimaschädliches Erdgas aus undurchlässigem Gestein gelöst wird, boomt bereits in den USA.

In puncto Ernährung könnte der bestehende Schutz vor gefährlichen Pestizidrückständen, vor gentechnisch veränderten Produkten

oder ungesunden Lebensmittelzusätzen kippen. Verhandelt wird auch über Chemikalien, Textilien, Kosmetik und die biologische Vielfalt. Auch in diesen Bereichen könnten Umweltstandards abgesenkt werden. Ebenso sind soziale und kulturelle Errungenschaften durch TTIP bedroht.

Vorsicht: Konzernklagen!

Auch der bilaterale Investitionsschutz des geplanten Abkommens verheißt nichts Gutes: Angenommen, ein Konzern investiert in einem Land auf der anderen Atlantikseite in den Bau eines Kohlekraftwerks, und die dortige Regierung beschließt den Kohle-Ausstieg. Jetzt kann der Konzern gegen das Land klagen, da seine Gewinnerwartungen geschmälert werden.

TTIP sieht vor, dass Fälle wie dieses Beispiel von privaten Schiedsgerichten behandelt werden, die außergerichtlich darüber entscheiden, ob Schadensersatz aus Steuergeldern gezahlt werden muss. Folglich werden sich die Regierungen zum Schutz ihrer Staatskassen mit neuen Auflagen – und seien sie noch so sinnvoll und wichtig – wohl zurückhalten. Schon jetzt während der TTIP-Verhandlungen frieren aktuelle Gesetzgebungsprozesse ein, beispielsweise eine strengere Regelung der EU für hormonell wirksame Pestizide, die auch für den Menschen eine Gefahr darstellen.

Die Konzerne dürfen nicht derartig an Macht zulegen und so über die Politik, unsere Umwelt und unser Leben bestimmen! Deshalb müssen wir TTIP verhindern! Unterschreiben Sie die Forderungen der „Selbstorganisierten Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA“, die auch von Greenpeace unterstützt wird. Sie fordert die Institutionen der EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, die TTIP-Verhandlungen zu stoppen und das „Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA)“ mit Kanada nicht zu ratifizieren.

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen der EU und Kanada gilt als Vorlage für TTIP. Kürzlich wurde nach fünf Jahren intransparenter Verhandlungen der politische Abschluss des Abkommens verkündet, allerdings sind zwei gewichtige Punkte noch ungeklärt: Wird CETA eine Regelung zu Konzernklagen beinhalten, obwohl diese nicht von allen EU-Mitgliedern gewollt ist? Und: Dürfen auch die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten – wie von Deutschland gefordert – über CETA abstimmen?

Greenpeace fordert

- ▶ **Stopp der TTIP-Verhandlungen, keine Ratifizierung von CETA**

Sollte dies nicht klappen, müssen mindestens diese Kriterien erfüllt werden:

- ▶ **Transparente Verhandlungen und Offenlegung aller Dokumente**
- ▶ **Beteiligung der nationalen Parlamente und der Bevölkerung**
- ▶ **Bewahrung der höchsten Umwelt-, Verbraucherschutz- und sonstigen Standards, Raum für deren Weiterentwicklung**
- ▶ **Schutz des Vorsorgeprinzips**
- ▶ **Keine private Streitschlichtung beim Investorenschutz**

Impressum Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/306 18-0 **V.i.S.d.P.** Jürgen Knirsch
Redaktion Noline Haas **Produktion** Birgit Matyssek **Foto** Axel Heimken/picture alliance/dpa **Illustration** Falko Ohlmer
Gestaltung Klasse 3b, Hamburg **Druck** Reset, Virchowstr. 8, 22767 Hamburg **Auflage** 15.000 Exemplare

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende:

GLS Bank, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier